



**Betreff:**  
**Nutzung städtischer Dächer für Photovoltaikanlagen**

öffentlich

**bezüglich**  
**DS Nr.: 06/SVV/0784**

Erstellungsdatum 02.10.2007

Eingang 902: \_\_\_\_\_

Einreicher: KIS

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

10.10.2007	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam
15.11.2007	Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft

**Inhalt der Mitteilung:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Der Kommunale Immobilien Service berichtet über das Ergebnis der Ausschreibung von Dachflächen für die Nutzung als Standorte zum Betrieb von Photovoltaikanlagen.

**Beratungsergebnis**

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

keine

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

**Bericht**  
**über das Ergebnis der Ausschreibung von Dachflächen für die Nutzung als Standorte zum**  
**Betrieb von Photovoltaikanlagen**

Aus Gründen der Liquiditätsbelastung ist es für den Kommunalen Immobilien Service (KIS) wirtschaftlich nicht sinnvoll, eigene Photovoltaikprojekte zu initiieren bzw. als Betreiber von Photovoltaikanlagen aufzutreten. Photovoltaikprojekte erfordern vergleichsweise hohe Anfangsinvestitionen, während der Mittelrückfluss sich über einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren erstreckt. In Anbetracht der insgesamt hohen Kreditbelastung des Eigenbetriebes durch die bereits beschlossenen Investitionsmaßnahmen der Landeshauptstadt wird einer zusätzlichen Mittelaufnahme wenig Aussicht auf kommunalrechtliche Genehmigung eingeräumt.

Um dennoch den Versuch zu unternehmen, das Potential der vorhandenen Dachflächen für die Nutzung als Standorte von Photovoltaikanlagen zu erschließen, hatte sich der KIS, wie in der Mitteilungsvorlage DS 07/SVV/0156 bereits dargestellt, entschieden, geeignete Flächen öffentlich auszuschreiben.

In Vorbereitung der Ausschreibung von Dachflächen für Photovoltaikprojekte, hat der KIS zunächst die von ihm verwalteten Objekte einer Bestandsaufnahme unterzogen. Unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, baulichen, städtebaulichen und standortbezogenen Situation wurde festgestellt, dass insbesondere die Typenbau Kitas und Schulen für die Errichtung von Photovoltaikanlagen grundsätzlich geeignet erscheinen. Andere Objekte (Kultureinrichtungen, Verwaltungsobjekte) sind nur nach aufwendiger individueller Betrachtung, auch unter Beachtung von Belangen des Denkmal- bzw. Umgebungsschutzes hinsichtlich ihrer Eignung identifizierbar. Diese könnten bei erfolgreichem Verlauf der Ausschreibung der vorgenannten Schulen und Kitas weiter betrachtet werden.

Im Ergebnis wurde die Vermietung/Verpachtung von insgesamt 32.000 m<sup>2</sup> Dachfläche an 22 Objekten zum Zweck der Errichtung und Betreuung von Photovoltaikanlagen über die einschlägigen Ausschreibungsblätter bundesweit ausgeschrieben.

Die Ausschreibung ist ergebnislos verlaufen, d.h. es gingen keinerlei Angebote von Firmen oder Investoren ein. Das Verfahren wurde daraufhin eingestellt.

Lediglich ein Solarenergieberatungsunternehmen hat im Zuge der Veröffentlichung Kontakt mit dem KIS aufgenommen. Dieses Unternehmen beabsichtigt auf eigene Rechnung und eigenes Risiko, auf der Basis der Ausschreibungsunterlagen des KIS, nunmehr ein eigenes Konzept für die Vermarktung der benannten Flächen als Standorte für Photovoltaikanlagen zu entwickeln. Die Verhandlungen zum Beginn dieser Konzeptentwicklung sind noch nicht zum Abschluss gekommen. Darüber hinaus ist der KIS bemüht, in direkter Ansprache mit Investoren ausgewählte Einzelprojekte zu initiieren.

Über die jeweils erzielten Ergebnisse wird der KIS dem Werksausschuss des Eigenbetriebes berichten.